

## Hongkong

Günter Schucher und Katrin Willmann

### Erstmals Konkurrenz um das Amt des Regierungschefs wahrscheinlich

Die Neuwahl des Wahlkomitees am 10. Dezember 2006, das am 25. März 2007 den neuen Regierungschef (*Chief Executive*) der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong wählen wird, lässt nun erstmals die offizielle Nominierung eines Gegenkandidaten und somit einen Wahlkampf wahrscheinlich werden.

Das demokratische Parteienlager hatte sich im November 2006 auf einen gemeinsamen Kandidaten für die Wahl zum *Chief Executive* geeinigt: den Anwalt und Mitbegründer der Civic Party, Alan Leong (vgl. C.a., 6/2006:142). Diesem gelang es nun überraschenderweise, die mehrheitlich beijingfreundliche Ausrichtung des Wahlkomitees durch hinzugewonnene prodemokratische Mitglieder in ausreichendem Maße aufzuweichen.

Da in der Legislativversammlung 25 Abgeordnete dem prodemokratischen Parteienlager zugeordnet werden, stellte sich für den demokratischen Kandidaten Alan Leong die Herausforderung, mindestens 75 weitere Sitze im Wahlkomitee zu sichern. Rechnerisch ist eine erforderliche Mindestzahl von 100 Nominierungen jetzt dadurch ermöglicht, dass 114 Sitze im Wahlkomitee an prodemokratische Vertreter gingen.

Rund 204.000 Hongkonger Bürger

aus verschiedenen Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen waren als wahlberechtigt registriert. Die Wahlbeteiligung von 27% erreichte im Vergleich zu den Jahren 1998 und 2000 einen neuen Höchstwert. Bevor die Branchen benannt werden, in denen sich prodemokratische Bewerber durchsetzen konnten, soll die äußerst komplexe Zusammensetzung des Wahlkomitees im Folgenden kurz erläutert werden.

Alle Kandidaten für das Wahlkomitee werden vier Gesellschaftssektoren zugeordnet. Dies sind Industrie, Handel und Finanzen, die Berufsstände, die Bereiche Arbeit, Soziale Wohlfahrt und religiöse Gruppen sowie politische Institutionen wie die Abgeordneten der Legislativversammlung (*Legislative Council*, LegCo) und die Bezirksräte, die Hongkonger Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes. Zwei Drittel der Sitze entsprechen damit den branchenbezogenen und berufsständischen Wahlkollegien (*functional constituencies*), die die Hälfte der Abgeordneten des LegCo wählen. Die insgesamt 800 Sitze im Wahlkomitee verteilen sich im gleichen Verhältnis auf diese vier Sektoren, wobei diese wiederum in 38 Untersektoren mit unterschiedlicher Sitzverteilung aufgeteilt sind.

Zur Wahl standen jedoch lediglich 427 Sitze, deutlich weniger als noch im September 2006 berichtet worden war (vgl. C.a., 5/2006:127-128). Diese entstammen 23 Untersektoren. Die restlichen Sitze werden ex officio bzw. nach einer „Wahl“ ohne Gegenkandidaten besetzt. Hierzu zählen die Abgeordneten der politischen Institutionen, 40 religiöse Vertreter und die Mit-

glieder von 13 branchenbezogenen und berufsständischen Gruppierungen.

Prodemokratische Kandidaten gewannen Sitze in den Untersektoren Soziale Wohlfahrt, Recht, Erziehung, Höhere Bildung, Maschinenbau, Gesundheitsfürsorge, Buchhaltung, Informationstechnologie, Medizin sowie Architektur, Landvermessung und -planung durch. Bei einem Vergleich mit den branchenbezogenen und berufsständischen Wahlkollegien (*functional constituencies*), in denen prodemokratische Gewinne bei der letzten LegCo-Wahl im Herbst 2004 erzielt werden konnten, fällt auf, dass für das Wahlkomitee nun Sitze in drei weiteren Wahlkollegien hinzugewonnen werden konnten (vgl. C.a., 9/2004:1005-1014).

AmtsInhaber Donald Tsang erklärte Anfang Januar 2007 seine Kandidatur für eine zweite Amtszeit als *Chief Executive*. Das Bestreben seines Herausforderers, Alan Leong, ist nun, noch mehr als die zugesicherten 114 Nominierungen prodemokratischer Mitglieder des Wahlkomitees zu sichern. Damit könnte dem Willen einer breiten und geeinten politischen Front zu demokratischen Reformen im Wahlrechtssystem Nachdruck verliehen werden und der ins Stocken geratene Reformprozess Auftrieb erfahren.

Da für den Prodemokraten Leong aufgrund der Mehrheitsverteilung im Wahlkomitee letztendlich keine realistischen Chancen auf einen Wahlsieg bestehen, könnte seine Kandidatur zwar auch die staatliche Parteiführung unter erhöhtem Druck stehen, Reformforderungen nachzukommen. Insgesamt dürfte der erstmalige echte Wahlkampf um das höchste Amt in Hongkong

der Zentrale allerdings in die Hände spielen, kann diese so doch beweisen, wie vermeintlich locker die Zügel in der SVR Hongkong gelassen werden.

Die Nominierung der offiziellen Kandidaten für das Amt des *Chief Executive* wird zwischen dem 14. Februar und dem 1. März d.J. stattfinden. (SCMP, 9., 10., 12.12.06, 20.1.07; FT, 12.12.06; WSJ, ST, 11.12.06, 12.1.07; RTHK, radio 3, 11.1.07, nach BBC PF, 12.1.07) (Katrin Willmann)

### **Neuer Parteivorsitzender der Democratic Party**

Albert Ho, Abgeordneter der Hongkonger Legislativversammlung (*Legislative Council*, LegCo) wurde am 17. Dezember 2006 zum neuen Vorsitzenden der größten demokratischen Partei in der Sonderverwaltungsregion, der Democratic Party, gewählt. Ho löst damit Lee Wing-tat ab, der im Dezember 2004 nach dem schlechten Wahlergebnis bei den LegCo-Wahlen im September 2004 die Nachfolge von Yeung Sum angetreten hatte (vgl. C.a., 12/2004:Dok28).

Ho setzte sich klar gegen mehrere Mitbewerber aus dem Reformflügel der Partei durch. Nach seinem Wahlsieg verkündete er, mit allen Mitbewerbern zusammenarbeiten zu wollen. Die Einheit und Solidarität in der Partei erachte er besonders im Hinblick auf die anstehenden Wahlen zu den Bezirksräten in 2007 und zum LegCo in 2008 als unabdingbar. Trotz des neuen, starken Konkurrenten im eigenen prodemokratischen Parteienlager, der im März 2006 gegründeten Civic Party, bekräftigte Ho die Unterstützung seiner Partei für den gemeinsamen Kandidaten für das Amt des



Regierungschefs, Alan Leong von der Civic Party, bei den Wahlen im März 2007. Auch sehe er in der engen Zusammenarbeit mit der Civic Party größere Chancen, Demokratisierungsprozesse im Wahlrechtssystem in Gang setzen zu können.

Die Democratic Party stellt nach der regierungsfreundlichen Democratic Alliance for the Betterment and Progress of Hong Kong (DAB) mit aktuell 8.446 Mitgliedern und der ebenfalls regierungsfreundlichen Liberal Party mit 881 Mitgliedern die drittgrößte Partei mit 629 Mitgliedern. Die Civic Party hat bislang zwar deutlich weniger Mitglieder (240), ihr Gewicht im demokratischen Parteienlager zeigt sich jedoch dadurch, dass sie der Democratic Party unter dem vorherigen Namen Article 45 Concern Gruppe bei den LegCo-Wahlen 2004 deutliche Stimmenverluste zugefügt hatte. Nun hat sie sogar größte Aussicht darauf, den ersten demokratischen Herausforderer für das Amt des Regierungschefs zu stellen (vgl. Dokumentation in diesem Heft in dieser Rubrik). (SCMP, 17., 18.12.06; ST, 19.12.06) (Katrin Willmann)

### **Bildungsreform verschoben**

Die Reform der Sekundarstufe wird verschoben, gab die Behörde für Prüfungen und Bewertungen bekannt (zur Reform vgl. C.a., 6/2001 und C.a., 5/2004). Bei einer Befragung von 12.000 Lehrern und Schulleitern zeigten diese sich zwar generell zustimmend, äußerten aber Bedenken gegen den engen Zeitplan. Die Behörde will daher die Reform nur noch für acht Fächer, darunter Chinesisch und Englisch, bis 2012 verwirklichen, für die übrigen Fächer ist der Termin auf 2016 verschoben.

Im Zusammenhang mit dem Selbstmord zweier Lehrer war auch über den erhöhten Druck auf das Lehrpersonal infolge der Reformen diskutiert worden. Hier soll eine Studie einer unabhängigen Beratergruppe ergeben haben, dass die Lehrer selbst die Reform nur als einen von mehreren Faktoren sehen. Im Ergebnis der Studie will das Bildungsministerium u.a. die Lehrer von administrativen Tätigkeiten entlasten, die im Zuge der Reform zugenommen haben. (SCMP, 20.12.06, 19.1.07) (Günter Schucher)

### **Festland-Babys setzen Gesundheitswesen unter Druck**

Die in den letzten Jahren stetig steigende Zahl von Geburten bei Frauen vom Festland hat die Hongkonger Behörden veranlasst, ab 1. Februar 2007 die Einreise strenger zu kontrollieren. Frauen sollen bei einer Schwangerschaft ab der 28. Woche nur noch einreisen können, wenn sie zuvor ein Bett in einem Krankenhaus gebucht haben. Diese Maßnahme, die zusätzliches medizinisches Personal an den Einreisepunkten erfordert, wurde Ende Januar bereits erstmals ausprobiert.

Im Dezember 2006 war das Thema in den Hongkonger Medien verstärkt thematisiert worden. Nicht immer konsistente Zahlen des Gesundheitsministeriums und der Klinikverwaltungen zeigten eine immense Steigerung von Geburten „nicht ansässiger“ Frauen in Hongkonger Kliniken, von 2001 bis 2006 immerhin um 20%. Ein Drittel der Geburten betrafen 2006 „nicht ansässige“ Frauen (12.072 gegenüber 28.414 von Halterinnen eines Hongkonger Personalausweises), 2003-04 waren es noch nur

25%. Nach anderen Angaben verdoppelt sich die Zahl der Geburten von Festländerinnen von 10.128 im Jahr 2003 auf 19.538 im Jahr 2005. Diese Steigerung setzte nicht nur die Hongkonger öffentlichen und privaten Kliniken, sondern auch die prä- und postnatalen Versorgungseinrichtungen unter großen Druck. Die privaten Kliniken mit einer Kapazität von 16-18.000 Geburten pro Jahr meldeten die Erschöpfung ihrer Kapazitäten; aber auch die acht öffentlichen Kliniken mit ihren 800 Betten für Geburten (entsprechend rund 42.000 Geburten pro Jahr) arbeiteten nahe am Limit. Außerdem klagten die Kliniken über Rückstände in den Zahlungen, die von 2004-05 in Höhe von 12,64 Mio. HKD (1,25 Mio. EUR) um das Doppelte auf 25,58 Mio. HKD (2,53 Mio. EUR) gestiegen sind – für Hongkonger Frauen ist das Gesundheitswesen kostenlos.

Als Gründe für die wachsende Zahl Schwangerer, die zur Geburt nach Hongkong kommen, gelten die Umgehung der Geburtenplanungsaufgaben in China, die preislich günstigere Gesundheitsversorgung sowie das Bestreben, für die Kinder einen Hongkonger Pass zu erhalten. In der Tat hatte das oberste Revisionsgericht 2001 verfügt, dass in Hongkong geborene Babys auch einen Hongkonger Personalausweis bekommen. Davon ausgehend wurde seitens der Hongkonger Regierung eine bloße Erhöhung der Gebühren nicht als Erfolg versprechend angesehen, da die reicheren Chinesen, die die Ein-Kind-Bestimmungen umgehen wollen, sich diese auch leisten könnten. Zugleich verwies eine interministerielle Arbeitsgruppe auch darauf, dass noch gar nicht erwiesen sei, dass die festlän-

dischen Frauen für ihre Babys Hongkonger Ausweise wollten.

Nachdem das chinesische Gesundheitsministerium im Dezember erklärt hatte, das Problem müsse in Hongkong gelöst werden, verfügte die Regierung die verschärften Grenzkontrollen. Außerdem wurden die Gebühren verdoppelt: Wer vorher gebucht hat, muss 39.000 HKD bezahlen, sonst beträgt die Gebühr 48.000 HKD (3.850 bzw. 4.760 EUR). Dennoch meldeten bereits vier öffentliche und sechs private Kliniken, dass sie im Februar voll ausgebucht seien, einige sogar bis einschließlich April.

Im Januar gab auch der Vizedirektor der chinesischen Bevölkerungs- und Familienplanungskommission bekannt, dass man Hongkong unterstützen wolle. Laut Wang Guoqiang soll eine bereits bestehende Regelung wieder durchgesetzt werden, dass Kinder, die in Hongkong geboren wurden, keinen Festland-*hukou*, also keinen Aufenthaltsstatus erhalten und damit nicht berechtigt sind, die sozialen Dienstleistungen Chinas in Anspruch zu nehmen. Wohlhabendere Chinesen dürften allerdings darauf verzichten können. (SCMP, 11., 13., 18., 21.12.06, 17., 24., 25., 26., 27.1.07; RTHK Radio 3, 10.1.07, nach BBC PF, 11.1.07; RTHK Radio 3, 22.1.07, nach BBC PF, 23.1.07; WSJ, 17.1.07) (Günter Schucher)

## Wachsende Einkommensungleichheit

Die wachsende Zahl von Festlandsfrauen, die ihr Kind in Hongkong zur Welt bringen und diesem damit ein Wohnrecht verschaffen, hat das Komitee zur sozialen Ent-



wicklung und zur Lebensqualität, das der Commission on Strategic Development zugehört, dazu veranlasst, vor einer steigenden Einkommensungleichheit zu warnen. Die neuen Hongkonger Bewohner könnten gerade auf die wenig mobilen mittleren und unteren Schichten Druck ausüben, die sich um die weniger werdenden Jobs für Niedrigqualifizierte streiten.

Bereits jetzt machen Umfragen eine gestiegene Einkommensungleichheit aus. Die Bauhinia Stiftung veröffentlichte eine Studie (<http://www.bauhinia.org/publications/HK-Strategic-Audit-English.pdf>), wonach trotz Wirtschaftswachstums (und Abnahme der Arbeitslosen von 300.000 im Jahr 2003 auf 170.000 Ende 2006) das Median-Haushaltseinkommen im Jahr 2005 noch 15,8% niedriger ist als 1997, als die Einkommen Spitzenwerte erreichten; gegenüber 2001 ist es um 11% niedriger. Für die unteren Einkommensgruppen hat sich die Situation noch verschlechtert. Die Zahl der Haushalte mit einem Monatseinkommen von unter 8.000 HKD (790 EUR) ist von 1996 bis 2005 um 76,5% auf über 500.000 gestiegen, ihr Anteil an allen Haushalten nahm dabei von 13% auf 22% zu. Zugleich ist die Kluft zu den höchsten Einkommen größer geworden. Der Anteil der Einkommen der unteren 50% der Haushalte am Gesamteinkommen nahm von 19,4% im Jahr 1991 auf 16,6% im Jahr 2001 ab. 2005 lag der Median der Haushalte im Dezil mit den höchsten Einkommen (also den meistverdienenden 10%) 23,3 mal über dem des untersten Dezils; im Jahr 1996 war er nur 16,1 mal so hoch. Der Gini-Koeffizient als Maßstab der Ungleichheit liegt mit 0,525 (2001) extrem hoch.

Die Ergebnisse werden gestützt durch eine Umfrage der Demokratischen Partei, nach der 70% der Antwortenden keine Verbesserung ihres Lebensstandards in den letzten 10 Jahren feststellen, 34% sogar von einer Verschlechterung ausgehen. (SCMP, 1.12.06, 13., 16.1.07; *The Standard Online*, 10.1.07) (Günter Schucher)

### Streit um „kollektives Gedächtnis“

Die Demontage des Edinburgh Place Ferry Pier im Distrikt Central auf Hong Kong Island, kurz Star Ferry Pier genannt, und der Abbau des dortigen Clock Tower haben im Dezember 2006 nicht nur eine Reihe von Protestaktionen ausgelöst, sondern auch eine öffentliche Debatte um das „kollektive Gedächtnis“ Hongkongs und seine indigene Kultur in Gang gesetzt.

Am 11. November 2006 war der Fährbetrieb am Pier eingestellt worden. Ersetzt wurde er durch die Piers 7 und 8 an den ca. 200 Meter entfernten Central Ferry Piers. Der Ursprung dieser Maßnahme geht zurück auf den Juli 1999, als die Regierung in Ergänzung zum Entwurf des Central District (Extension) Outline Zoning Plan Vorstellungen zur Central Reclamation III Area bekannt gab. An die Stelle des Star Ferry Pier und des Queen's Pier soll eine sechsspurige Straße und ein Shoppingcenter treten. Die Straße soll u.a. durch die schnellere Verbindung der Distrikte Central und Wan Chai die Infrastruktur verbessern; außerdem soll Land für den Airport Railway Extended Overrun Tunnel frei werden.

Bereits in der letzten Nacht nutzten rund 150.000 Hongkonger die 1957 errich-

tete Pier für eine letzte historische Fahrt. Als die Demontage am 12. Dezember begann, kam es zu spontanen Demonstrationen, die einige Tage anhielten. Den Vorwürfen, sie zerstöre eigenständiges Hongkonger Kulturgut und verhalte sich dabei wie die ehemalige Kolonialregierung, hielt die Regierung entgegen, dass bereits 1999 eine extensive Konsultation zu den Plänen stattgefunden hatte und die Bevölkerung nach deren Veröffentlichung im Februar 2002 keine Einwände erhoben habe. Darüber hinaus habe man die Pier mit modernster Lasertechnik in 3D gespeichert und wolle den Uhrturm eventuell an der Hafensperrmauer wieder aufbauen. Eine entsprechende Studie werde 2007 begonnen und auch öffentlich diskutiert.

Innenminister Patrick Ho machte darüber hinaus Vorschläge, das „kollektive Gedächtnis“ künftig besser zu berücksichtigen. Dafür müsse ein Mechanismus geschaffen werden, der nicht nur objektive Kriterien zur Festlegung dieses Gedächtnisses, sondern auch umfangreichere Konsultationen der Öffentlichkeit beinhalte. In einer Pressemitteilung vom 23. Januar (CB[1]677/06-07[02], <http://www.legco.gov.hk>) erläuterte und verteidigte das Ministerium für Wohnungsbau, Stadtplanung und Bodenverwaltung noch einmal sein Vorgehen, zeigte Verständnis für die „nostalgischen Gefühle“ und sagte den Wiederaufbau erhaltenswerter Komponenten zu. (SCMP, 15., 18.12.06, 10., 15., 29.1.07; [http://en.wikipedia.org/wiki/Edinburgh\\_Place\\_Ferry\\_Pier](http://en.wikipedia.org/wiki/Edinburgh_Place_Ferry_Pier)) (Günter Schucher)

## Hohe IT-Nutzung

Verschiedene neuere Studien scheinen die Aussage eines Regierungssprechers zu bestätigen, dass Hongkong eine der Städte mit der weltweit höchsten IT-Nutzung und eine digital inklusive Gesellschaft sei. Nach einer Studie des Zensusbüros in Haushalten verfügten 1,66 Millionen, d.h. 71,7% der Hongkonger Haushalte im Jahr 2006 über einen PC, davon waren 93,6% (oder 67,1% aller Haushalte) ans Internet angeschlossen. Von den über neun Jährigen hatten 3,9 Mio. Menschen in den letzten 12 Monaten einen PC mindestens ein Mal benutzt, 3,77 Mio. Menschen (60,8%) hatten das Internet benutzt, mittels PC, WAP-Handy oder PDA. Die Nutzung war dabei bei jungen und besser ausgebildeten Menschen höher als bei den anderen. (SCMP, 30.11.06) (Günter Schucher)

## Macau

Liu Jen-Kai

### Regierungschef Edmund Ho besucht Vietnam

Macaus Regierungschef Edmund Ho stattete Vietnam vom 8. bis 12. Oktober 2006 einen offiziellen Besuch ab. Macau möchte seine Rolle als Brücke für den Austausch zwischen den Nationen Asiens und den portugiesischsprachigen Ländern ausbauen und erhofft sich, über Vietnam seine Beziehungen zur Freihandelszone (AFTA) der ASEAN zu stärken. Außerdem sollen mehr Touristen aus Vietnam nach Macau kommen. Vietnam will über Macau die Beziehungen zu China intensivieren und sich